

INHALT

1. FAG-Reform treibt Keil zwischen Stadt- und Landbevölkerung
2. CDU kritisiert Streik am NOK als unverantwortlich
3. CDU-Abgeordnete beeindruckt von Aufbruchsstimmung bei östlichen Nachbarn
4. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit vorbildlich
5. Fraktionsarbeitskreise Bildung und Soziales besuchen Gedenkstätte Auschwitz
6. Fraktionsarbeitskreise Sport und Medien in Polen
7. Fraktionsarbeitskreis Wirtschaft zu Gast in Posen
8. Bauern klagen gegen Habeck
9. Unterwegs in den Kreisen

06.09.2013

FAG-Reform treibt Keil zwischen Stadt- und Landbevölkerung Einschnitte bei den Kreisen treffen auch die Gemeinden



Petra Nicolaisen, MdB

In dieser Woche hat Innenminister Andreas Breitner seinen Entwurf für eine Reform des Kommunalen Finanzausgleichs präsentiert. Große Gewinner sollen die Kreisfreien Städte sein. Verlierer sind die Kreise. Laut Berechnungen des Ministeriums könnte auch die Mehrzahl der Gemeinden angeblich auf zusätzliche Mittel hoffen.

Die innenpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Petra Nicolaisen, warnte die kleinen Gemeinden davor, sich dadurch täuschen zu lassen. Die Kreise seien lediglich das erste Opfer der rot/grün/blauen Reform.

Im Jahr 2015 sollen die elf Kreise 74 Millionen Euro weniger erhalten. Demgegenüber dürfen die Kreisfreien Städte 28 Millionen Euro zusätzlich unter sich aufteilen. SPD, Grüne und SSW stellten die Kürzung bei den Kreisen als vertretbar dar, weil diese ab 2015 durch Mittel des Bundes für die Grundsicherung etwa in dieser Höhe entlastet würden. „Das gilt aber genau so für die Kreisfreien Städte. Die sollen die Mittel jedoch komplett behalten und bekommen sogar noch mehr“, stellte Nicolaisen fest.

Breitner gebe keine Antwort auf die Frage, wodurch diese massive Neuverteilung begründet sei. Bei seiner Pressekonferenz sei deutlich geworden, dass der Zuschussbedarf allein anhand der bisherigen Ausgaben festgelegt worden sei.

„Geld gibt es also nicht für die zu finanzierenden Aufgaben, sondern danach, wie viel Geld bislang ausgegeben wurde. Wer seine Aufgaben mit möglichst wenig Geld erledigt hat, bekommt künftig weniger. Wer viel Geld ausgibt, der bekommt mehr. Das ist die Politik von SPD, Grünen und SSW“, so Nicolaisen.

Der Entwurf teile die Menschen in Stadt- und Landbevölkerung. „Breitner will die Landbevölkerung über Schlaglochpisten zur nächsten Bücherei, Berufsschule und zum nächsten Stadttheater fahren lassen“, so Nicolaisen. Im ländlichen Raum seien mit diesem Gesetzentwurf Theater, Straßenunterhalt, öffentliche Verkehrsmittel, Büchereien, Beruf- und Musikschulen, sowie die Jugendhilfe und die soziale Sicherung künftig akut gefährdet.

Beispielsweise habe der Kreis Schleswig-Flensburg in diesem Jahr für freiwillige Leistungen einen Betrag in Höhe von 37.000 Euro zur Verfügung. „Wie soll dieser Kreis mit 7,6 Millionen Euro weniger auskommen? Da kann der Landrat den Schlüssel gleich in Kiel abgeben“, so Nicolaisen.

Ehrenamtlich verwaltete Gemeinden würden deren Aufgaben künftig nicht übernehmen können. „Damit kommen SPD, Grüne und SSW ihrem im Koalitionsvertrag formulierten Ziel von Großgemeinden einen Schritt näher“, so Nicolaisen.

Den Entwurf des Innenministeriums finden Sie unter folgendem Link:

http://www.schleswig-holstein.de/IM/DE/KommunalesSport/KommunaleFinanzen/Finanzausgleich/Reform/Reform_node.html

CDU kritisiert Streik am NOK als unverantwortlich **Ver.di will von Montag bis Sonntag streiken**

Am Donnerstag wurde bekannt, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung in der kommenden Woche erneut in den Streik treten wollen. Auch der Nord-Ostsee-Kanal wird davon wieder betroffen sein.

„Dieser Streik ist ungerechtfertigt. Dieser Streik ist unverantwortlich. Dieser Streik gefährdet Arbeitsplätze. Ich appelliere an die gesellschaftliche Verantwortung unserer schleswig-holsteinischen Gewerkschaften. Sie sind aufgefordert, für ein Ende dieses Streiks zu kämpfen. In diesen Appell beziehe ich ausdrücklich die Gewerkschaftsmitglieder in unserer Landesregierung mit ein“, erklärte CDU-Fraktionschef Johannes Callsen dazu in Kiel.

Der CDU- Fraktionschef betonte, den von der Reform der WSV betroffenen Beschäftigten seien durch die Bundesregierung rechtsverbindliche Zusagen gemacht worden. Ausgeschlossen seien betriebsbedingte Kündigungen ebenso wie die Versetzung oder räumliche Umsetzung ohne die Zustimmung der Beschäftigten. Weiterhin werde den Beschäftigten eine Entgeltsicherung zugesagt. Bei einem freiwilligen Standortwechsel erhielten sie zusätzlichen Urlaub sowie eine pauschale Aufwandsentschädigung und Unterstützung zur Finanzierung einer eventuell zu leistenden Mietkaution.

Diese Zusicherungen seien wirksamer Bestandteil der Arbeitsverträge aller betroffenen Beschäftigten unabhängig von der Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft.

Callsen nahm auch Bezug auf eine Pressemitteilung des DGB-Nord Vorsitzenden Polkaehn, der am selben Tag nach dem erneuten Schleusenausfall am Nord-Ostsee-Kanal von der „Schädigung einer wirtschaftlichen Lebensader des Nordens“ gesprochen und personelle Konsequenzen gefordert hatte.

„Die Gewerkschaften machen sich nach solchen Pressemitteilungen mit ihrer Streikentscheidung absolut unglaublich“, so Callsen.



CDU-Fraktionschef Johannes Callsen, MdL

CDU-Abgeordnete beeindruckt von Aufbruchstimmung bei östlichen Nachbarn Fraktionsreise nach Polen beendet

„Polen ist ein echtes Wirtschaftswunderland. Dort herrscht eine Aufbruchstimmung, von der wir nur lernen können“, mit diesen Worten zog CDU-Fraktionschef, Johannes Callsen, ein Resümee aus der Fraktionsreise ins Nachbarland Polen in der vergangenen Woche.

Die Abgeordneten und wissenschaftlichen Mitarbeiter der Fraktion waren vergangene Woche Dienstag (27. August 2013) zum Auftakt ihrer Polenreise mit einem Empfang in der Deutschen Botschaft in Warschau begrüßt worden. Anschließend stand ein Besuch und Gespräche im Sejm, dem Unterhaus des polnischen Parlaments, auf der Tagesordnung. In der Diskussion mit Abgeordneten der deutschen Minderheit sei deren wichtige Vermittlerfunktion zur polnischen Mehrheitsbevölkerung deutlich geworden.

Anschließend besuchten die Fraktionsarbeitskreise unterschiedliche Institutionen, Orte und Betriebe im ganzen Land. Berichte über Besuche der Arbeitskreise finden Sie in den folgenden Artikeln dieses Newsletters.

Die Fraktion wird die gewonnenen Erkenntnisse der Fraktionsarbeitskreise auswerten und in die parlamentarische Arbeit mit einbringen.

Beeindruckt zeigten sich die Fraktionsmitglieder unisono vom Engagement der polnischen Nachbarn und dem polnischen Wunsch nach mehr Zusammenarbeit mit Schleswig-Holstein.

„In allen Gesprächen die wir geführt haben wurde deutlich, dass mehr Zusammenarbeit mit Schleswig-Holstein gewünscht ist. Hier muss die Landesregierung tätig werden und endlich Möglichkeiten zur Zusammenarbeit schaffen“, so CDU-Fraktionschef Johannes Callsen.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit vorbildlich **Besuch der Fraktionsarbeitskreise Agrar, Innen und Recht, sowie Europa**



Die Teilnehmer des Besuchs im Justizministerium

Die FAKs „Innen- und Recht“ und „Europa“ haben im Rahmen der Fraktionsreise nach Polen die Ministerien für Justiz und für Inneres in Warschau besucht. Im Gespräch mit dem Unterstaatssekretär im Justizministerium, Wojciech Węgrzyn, ging es vor allem um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei der Strafverfolgung. Beide Seiten betonten, dass die Kooperation zwischen Deutschland und Polen auf diesem Gebiet vorbildlich sei.

Ein ebenfalls positives Fazit über die Zusammenarbeit zogen die Abgeordneten auch nach ihrem Gespräch im polnischen Innenministerium.

In Danzig angekommen besuchten die Fraktionsarbeitskreise das Hanse-Office. In einem Gespräch mit dem Leiter, Marek Choromanski, ging es vor allem um Fragen der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der beruflichen Ausbildung und zur Behebung des Fachkräftemangels. Die Teilnehmer waren sich einig, dass die Kooperation gerade im Bereich der Jugendbildung ausgebaut werden sollte. Zudem sollte der Kontakt zwischen dem Hanse-Office, dem Handwerk und der Wirtschaft in Schleswig-Holstein intensiviert werden.

Der Fraktionsreis „Agrar und Umwelt“ unter Leitung seines Vorsitzenden, Heiner Rickers, besuchte im Rahmen seiner Polenreise zwei Tage die Region Masowien in Ostpolen.

Auf dem Besuchsprogramm standen ein Gesprächstermin im Landwirtschaftsministerium, der Besuch von zwei Milchviehbetrieben, einer Champignon-Produktion sowie des Gestütes Janów Podlaski. Beeindruckt waren die Abgeordneten von dem außerordentlich hohen technischen

Stand der Betriebe und der regionalen wie auch überregionalen Vermarktung der Produkte. Polen ist dabei der größte Champignonproduzent der EU.

Fraktionsarbeitskreise Bildung und Soziales besuchen Gedenkstätte Auschwitz **Mitglieder der Delegation tief bewegt: Die Schicksale der Opfer dürfen nie vergessen werden!**

Mit dem Besuch des jüdischen Viertels in Krakau und der 70 km entfernt liegenden Gedenkstätte Auschwitz schlossen die Fraktionsarbeitskreise Soziales und Bildung nach ihrem zweitägigen Stopp in Warschau und Gesprächen zur Situation in der Alten- und Krankenpflege ihre Informationsreise durch Polen ab.

Bei einem Aufenthalt im Stammlager Auschwitz legten die Vertreter der CDU-Landtagsfraktion tief bewegt einen Kranz an der so genannten "Todesmauer" nieder und standen fassungslos an der Selektionsrampe im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau. „Die Grausamkeit des Nationalsozialismus und das Schicksal der Opfer dürfen niemals vergessen werden“, führte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Katja Rathje-Hoffmann, zum Besuch in Auschwitz aus.

Den Abschluss der Reise bildete am Freitag eine Führung durch den ehemaligen jüdischen Stadtbezirk Kazimierz sowie ein Gespräch mit dem Präsidenten der Region Klein Polen, Kazimierz Barczyk, und der Konsulin Isolde Felskau über die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Region Klein Polen.



Mitglieder der Delegation bei der Führung durch das Konzentrationslager Auschwitz

Fraktionsarbeitskreise Sport und Medien in Polen **Besuch bei Warschauer Radiosender und in der Danziger Fußballarena**

"Radio hören? Ja, kein Problem. Radio auch sehen? Wie funktioniert das denn?" Dieser Frage gingen die Landtagsabgeordneten Axel Bernstein und Minister a.D. Rainer Wiegard beim staatlichen Rundfunksender „Polskie Radio“ nach.

Der Programmsender „Czwórka“, sendet vor allem interaktiv, beteiligt dabei die Zuhörer und unterlegt die Musiktitel auf seiner Homepage mit den dazugehörigen Videos. Das komme gut an. „Insbesondere jüngere Zuhörer konnten so gewonnen werden“, sagte Joachim Ciecierski, Abteilungsleiter für das Auslandsradio des Senders. In vier Sprachen - deutsch, russisch, englisch und hebräisch - sendet Polskie Radio Informationen über Polen für Interessierte und polnische Landsleute ins Ausland.

„Die Programmausrichtung von „Czwórka“ ist hoch interessant. Ich bin mir sicher, dass dieses neue Format von interaktivem Radio auch über die Grenzen Polens hinweg Nachahmer finden wird“, äußerte sich der medienpolitische Sprecher der CDU-Fraktion Dr. Axel Bernstein.

Zum Schluss führte Joachim Ciecierski ein spontanes Interview mit den CDU-Landtagsabgeordneten Dr. Axel Bernstein und Minister a.D. Rainer Wiegard (Link siehe unten).

In Danzig angekommen besuchte der Fraktionsarbeitskreis Sport die PGE Arena Gdansk, die für die Fußball-EM 2012 vom Düsseldorfer Architekturbüro RKW erbaut wurde. Das neue Wahrzeichen der Metropolregion Danzig wird neben Fußball auch für American Football und Open-Air-Konzerte genutzt.

„Dieses Stadion löst Begeisterung aus. Hier zeigt sich, dass innovative Projekte im Sportstättenbau mit dazu beitragen, nicht nur sportliche, sondern auch ökonomische Impulse für eine Region zu entfalten“, äußerte sich die sportpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Barbara Ostermeier begeistert. Um das Stadion herum haben sich mittlerweile zahlreiche andere Unternehmen, wie ein Messe- und Kongresshotel, sowie Einrichtungen der Sport- und Gesundheitswirtschaft am Standort angesiedelt.

Link zum Radiointerview:

http://www.cdu.ltsh.de/media/interview_polenreise.mp3



Die PGE Arena in Danzig

Fraktionsarbeitskreis Wirtschaft zu Gast in Posen

Engagement junger Polen beeindruckt Delegationsmitglieder der CDU-Fraktion

Im Rahmen der Polenreise der CDU-Landtagsfraktion besuchte der Fraktionsarbeitskreis Wirtschaft das polnische Verkehrsministerium und die Auslandshandelskammer in Warschau.

Schwerpunkte der sehr aufschlussreichen Gespräche waren dabei der Bau von Autobahnen und die Entwicklung der gemeinsamen Tourismusregion südliche Ostsee. Zum Abschluss der Bereisung informierte sich der Arbeitskreis über das „wirtschaftliche Herz“ Polens, die Region Posen.

Neben Terminen beim Vizemarschall und beim stellvertretenden Stadtpräsidenten wurden das Volkswagen Werk – mit 6.600 Mitarbeitern das größte VW-Werk Osteuropas – sowie die

technische Hochschule besichtigt. Im Fokus der der Gespräche stand dabei das duale Ausbildungssystem und die Kooperation zwischen VW und der örtlichen Hochschule.

Beeindruckt zeigte sich der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Hartmut Hamerich vom Engagement der polnischen Nachbarn: „Besonders bemerkenswert war der Wille, etwas auch gegen größere Widerstände gestalten zu wollen, vor allem bei den jungen Frauen. Insgesamt war der Wunsch, dass gemeinsame Haus Europa zu bauen überall spürbar“, so Hamerich.



Die Mitglieder der CDU-Delegation in Posen

Bauern klagen gegen Habeck

CDU-Fraktion kritisiert Versuch der SPD, sich vom Knick-Erlass abzusetzen

„Kaum liegen die Klagen der Landwirte gegen die Knickverordnung auf dem Tisch, duckt sich die SPD hinter den Knick. Dabei hat die SPD dem Grünen Minister Habeck in seiner Enteignungspolitik gegen die Landwirte über Monate den Rücken gestärkt“.

Mit diesen Worten kommentierte der CDU-Agrarpolitiker Heiner Rickers am Rande der NORLA eine gemeinsame Pressemitteilung der SPD-Landtagsabgeordneten Kirsten Eickhoff-Weber und Sandra Redemann.

Die beiden SPD-Abgeordneten hatten erklärt, sie wollten keinesfalls, dass die Knickschutzverordnung einen Generalverdacht gegen die Landwirtschaft darstelle. Knickschutz, -erhalt und -weiterentwicklung ginge nur mit den Landwirten und Grundeigentümern. Beide begrüßten vor diesem Hintergrund die Ankündigung von Minister Habeck, in den kommenden Monaten die Alltagstauglichkeit der Knickschutzverordnung aufmerksam zu prüfen und mögliche Änderungen in einer Arbeitsgruppe mit Vertretern aus Landwirtschaft und Naturschutz erarbeiten zu lassen.

„Was ist das für eine Politik? Wollen SPD, Grüne und SSW mit dieser Verordnung im Feldversuch ernsthaft testen, wie stark unsere Landwirte maximal belastet werden können? Wenn die inhabergeführten Höfe wegen dieser Politik aufgeben, sind sie für uns alle für immer verloren“, stellte Rickers klar.

Die Probleme der neuen „Knickverordnung“ seien lange bekannt. Deshalb sei die heute von der SPD gelobte Einsetzung einer Arbeitsgruppe völlig überflüssig. Fischer, Landwirte und Jäger hätten zu Recht eine Notgemeinschaft gegen die Politik dieser Landesregierung gegründet. „Diese Landesregierung besteht aus SPD, Grünen und SSW. Wenn die SPD nicht will, dass die

Knickschutzverordnung einen Generalverdacht gegen die Landwirtschaft darstellt, dann muss sie Habeck stoppen“, forderte der CDU-Abgeordnete.

Zwar sei die Feststellung, dass Knickschutz, -erhalt und –weiterentwicklung nur mit Landwirten und Grundeigentümern gingen, zutreffend.

„Diese Feststellung gehört aber nicht in die Pressemitteilung einer Regierungsfraktion, die im praktischen Regierungshandeln genau das Gegenteil mitverantwortet. Wenn die SPD für diese Aussage stehen würde, hätte der „Knickerlass“ nie in Kraft treten können“, so Rickers abschließend.



Heiner Rickers, MdL

Unterwegs in den Kreisen

Fraktionschef Callsen informiert sich vor Ort

Zwei Kreisbereisungen standen für Fraktionschef Johannes Callsen in dieser Woche auf der Tagesordnung. In Plön und in Dithmarschen informierte er sich mit den örtlichen Abgeordneten Peter Sönnichsen (Plön) sowie Karsten Jasper und Jens-Christian Magnussen (Dithmarschen) über aktuelle Entwicklungen vor Ort.

Im Kreis Plön besuchten die beiden Landtagsabgeordneten Callsen und Sönnichsen am Montag (2. September) die rekonstruierte Turmhügelburg, die mit Hilfe von EU-Fördermitteln und vielen ehrenamtlichen Helfern realisiert werden konnte. Anschließend ging es weiter ins Rathaus von Lütjenburg, wo sie sich bei Bürgermeister Dirk Sohn und Stadtvertretern über die Zukunft der ehemaligen Bundeswehrgelände erkundigten. In Schwentinental trafen Fraktionschef Callsen und der Plöner Kreispräsident Sönnichsen mit Wirtschaftsvertretern zusammen, um aus erster Hand zu erfahren, wie Unternehmen das neue Vergabegesetz der Regierungskoalition bewerten. Alle Gesprächsteilnehmer bestätigten die Sorge der Abgeordneten, dass das neue Gesetz mehr Bürokratie schaffen und insbesondere kleine und mittlere Betriebe von einer Teilnahme an öffentlichen Vergabeverfahren abschrecke. Zudem steige die Haftung für jedes Unternehmen, das sich an öffentlichen Aufträgen beteilige und Subunternehmer beschäftige.

Am Mittwoch (4. September) drehte sich die Kreisbereisung in Dithmarschen um die Themen Verkehr, Energiewende, soziale Arbeit und Kommunalfinanzen. Begleitet von den örtlichen Abgeordneten Jens-Christian Magnussen und Karsten Jasper startete Fraktionschef Callsen seine eintägige Reise beim internationalen Logistikunternehmen Anhalt Logistics. Die Abgeordneten sicherten Geschäftsführer Thies Anhalt ihre volle Unterstützung beim Ausbau

der A20 zu. „Wenn wir innovative und erfolgreiche Unternehmen in Schleswig-Holstein haben wollen, dann brauchen wir die A20. Der Sprung über die Elbe muss so schnell wie möglich Realität werden“, so Callsen.

Unternehmergeist konnten die Abgeordneten auch auf ihrer zweiten Station spüren. Bei der Stiftung Mensch ließen sich die drei gemeinsam mit dem örtlichen Bundestagskandidat Mark Helfrich von Geschäftsführerin Dr. Hunfeld in das Themenspektrum „soziale Arbeit“ einführen. In eigenen Werkstätten, einer Wäscherei und einem Cafe bietet die Stiftung Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung oder vermittelt diese in Außenarbeitplätze. Die Ziele der Stiftung, die das ehemalige Velux-Gelände vor Ort gekauft hat, sind für die nächsten Jahre hoch gesetzt.

Nach der Besichtigung eines neuen Konverters in Büttel, der Ende des Monats in Betrieb genommen werden und Strom aus Offshore-Windparks für das schleswig-holsteinische Stromnetz nutzbar machen soll, ging es nach St. Michalisdonn. Dort diskutierte die Delegation unter anderem mit Bürgermeister Volker Nielsen über die Folgen der geplanten Kommunalen Finanzreform von Innenminister Andreas Breitners.



Mitarbeiter der TENNET informieren über die Bedeutung des Konverters für die Energiewende

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de